

WINDKRAFT: UBL sieht Vorgehen im Dialogverfahren um den Haurod kritisch „Bürgerbefragung ist nicht notwendig“

LAUTERTAL. "Solange in der Lautertaler Windkraftdebatte nichts entschieden ist, stehen in dieser Wahlperiode scheinbar sämtliche Räder in der Gemeinde still. Die Auseinandersetzung um den von GLL und SPD geforderten Windindustriepark am Haurod hinterlässt nicht nur einen tiefen Graben in der Bürgerschaft, sondern sie lähmt auch sämtliche wirklich wichtigen Vorhaben der Gemeindevertretung in dieser Wahlperiode", stellt die Unabhängige Bürgerversammlung Lautertal (UBL) in einer Mitteilung fest.

Daran werde auch die von der CDU beantragte Bürgerbefragung wenig ändern. "Die Befürworter der Windräder sind offenbar so tief in die Angelegenheit verstrickt, dass sie ein Votum der Bürger gegen diese Industrieanlagen niemals hinnehmen können."

Die Bürgerbefragung sei keineswegs eine Erfindung des Dialogverfahrens oder der CDU, heißt es von der UBL weiter. Ihr Gemeindevertreter Andreas Hoppe habe bereits 2012 eine solche Befragung beantragt, sei damit aber ebenso an der Mehrheit aus SPD und GLL gescheitert, wie bei einem neuerlichen Antrag im Dezember 2013.

"Gemeindevertreter gefordert"

Die mehreren hundert Unterschriften gegen das Projekt seien "ein sehr deutliches Pfund gegen den geplanten Frevel an den Menschen und der Natur". Nach ihnen habe es weder ein Dialogverfahren gebraucht, noch sei jetzt eine Bürgerbefragung notwendig, so die UBL. "Keine Bürgerbefragung und auch kein Runder Tisch können dieses Projekt von der Agenda der Gemeinde nehmen. Einzig die 31 Gemeindevertreter können das."

Kritisch sieht die UBL Verflechtungen zwischen der Gemeinde und dem Windpark-Investor GGEW. So habe GLL-Sprecher Frank Maus Geld für den Naturkindergarten erhalten. Die GLL-Politikerinnen Marieta Hiller und Ulrike Reiser hätten sich von dem Energieversorger ein Filmprojekt finanzieren lassen. "Dass GLL-Vertreter in einer äußerst sensiblen Angelegenheit, die kurz vor einer Entscheidung in der Gemeindevertretung steht, Geld aus der Portokasse der GGEW für ihre Hobbys erhalten, ist unanständig und geschmacklos."

Es werde offen gelegt werden müssen, welcher Lautertaler Mandatsträger der GGEW in der Vergangenheit verbindliche Zusagen gegeben habe und es werde zu prüfen sein, ob die GGEW hierfür Zusagen und Versprechungen gegeben habe. "Man mag dem Vorstand der GGEW manches unterstellen, eines jedoch sicher nicht, nämlich Blauäugigkeit. Das Unternehmen setzt nicht 300000 Euro Planungskosten einfach so in den Sand. Es wurde aufgrund konkreter Zusagen und Versprechungen von Lautertaler Seite her tätig", heißt es in der Mitteilung der UBL. *red*

© Bergsträsser Anzeiger, Montag, 30.06.2014

<https://www.morgenweb.de/region/bergstrasser-anzeiger/lautertal/buergerbefragung-ist-nicht-notwendig-1.1771016>